

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 13. April 1994

am Donnerstag, dem 14. April 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	6, 30	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	5, 22
Blank, Renate (CDU/CSU)	7, 8	Parr, Detlef (F.D.P.)	18
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	9, 10	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	12
Gansel, Norbert (SPD)	24, 25	Riegert, Klaus (CDU/CSU)	31
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	28, 29	Schemken, Heinz (CDU/CSU)	35, 36
Dr. Janzen, Ulrich (SPD)	13, 14	Singer, Johannes (SPD)	26, 27
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	16, 17	Thiele, Carl-Ludwig (F.D.P.)	32
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	33, 34	Wallow, Hans (SPD)	23
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	1, 2	Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU) . . .	19, 20
Kubatschka, Horst (SPD)	4, 15	Würfel, Uta (F.D.P.)	3
Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	11, 21		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.) Billigt die Bundesregierung die Einberufungspraxis von Kreiswehersatzämtern, am 24. März 1994 Einberufungsbescheide für die Grundwehrendiensteinberufung zum 5. April 1994 zu versenden?
2. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.) Wie kann vom Rechtsmittel auf Widerspruch innerhalb von zwei Wochen Gebrauch gemacht werden, wenn der Einberufungsbescheid am 24. März 1994 versandt wird und der Dienstantritt bereits am 5. April 1994 zu erfolgen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordnete
Uta Würfel
(F.D.P.) Nachdem die Substitutionsbehandlung von Drogenabhängigen in der Bundesrepublik Deutschland nur mit I-Polamidon durchgeführt werden darf anstelle des in den meisten europäischen Ländern zugelassenen pharmakologisch gleichwertigen und viel preiswerteren Methadons und der Sachverständigenausschuß nach § 1 Abs. 2 des Betäubungsmittelgesetzes eine Umstufung von Methadon in die Anlage III des Betäubungsmittelgesetzes befürwortet und mit dem Erlaß einer entsprechenden Rechtsverordnung die Städte erheblich entlastet werden könnten, frage ich die Bundesregierung, warum wurde die entsprechende Rechtsverordnung noch nicht erlassen, und womit begründet die Bundesregierung dieses Versäumnis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Maßnahmen zur Gewährleistung einer Begrenzung der Wasserstoffkonzentration im Sicherheitsbehälter, die in allen anderen Kernkraftwerken durch verschiedene technische Lösungen

eingeführt sind, für das Kernkraftwerk Biblis sicherheitstechnisch nicht mehr erforderlich sind und deshalb hier vom Prinzip einer konsequenten Schadensvorsorge (Beherrschung der Auslegungstörfälle) abgewichen werden darf, obwohl bereits 1987 eine Genehmigung für den Einbau einer entsprechenden Einrichtung erteilt wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, langfristig große Summen öffentlicher Unterstützungsleistungen an Wohngeldempfänger, Sozialhilfeberechtigte oder Arbeitslose dadurch einzusparen, daß die Absicht des betreffenden Personenkreises, zu bauen und dabei eigene Arbeitsleistungen einzubringen, durch Bürgschaften für Bankhypothekendarlehen o. ä. abgesichert wird (sog. Ziegler-Modell)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- In wie vielen Fällen konnte die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter zur Aufklärung von DDR-Verbrechen beitragen, und wie vielen Opfern konnte bei der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen bzw. Wiedergutmachungsansprüchen geholfen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

7. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Mit welchem wirtschaftlichen Wachstum rechnet die Bundesregierung durch die Aufhebung des Rabattgesetzes, und wie hoch schätzt sie den dadurch evtl. zu erwartenden Zuwachs an Steuereinnahmen?

- | | |
|--|--|
| 8. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Rechnet die Bundesregierung mit der Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Aufhebung des Rabattgesetzes, und um wie viele Arbeitsplätze könnte es sich dabei handeln? |
| 9. Abgeordneter
Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD) | Wird die Bundesregierung die Initiative der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterstützen, anlässlich der Unterzeichnung des GATT-Abkommens in Marrakesch, einer Weiterentwicklung zu einer Welthandelsorganisation nur dann zuzustimmen, wenn gleichzeitig konkrete Verhandlungen über internationale Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte aufgenommen werden? |
| 10. Abgeordneter
Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD) | Welche Mindeststandards hält die Bundesregierung dabei als unerläßliche Bestandteile für künftige internationale Handelsabkommen? |
| 11. Abgeordnete
Dr. Elke
Leonhard-Schmid
(SPD) | In welchem Umfang sind nach Kenntnis der Bundesregierung Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter seit Anfang der 80er Jahre nach Burundi bzw. Ruanda geliefert worden, und in welchem Umfang handelt es sich dabei um Rüstungslieferungen aus Beständen der ehemaligen NVA? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Peter
Ramsauer
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung derjenigen Betriebe und Unternehmen, die in den Jahren seit 1982 privatisiert wurden, aus denen sich ergibt, wie sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen im Vergleich zur Zeit unter staatlicher Führung entwickelt hat, und inwieweit es gelungen ist, Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

- | | |
|---|--|
| 13. Abgeordneter
Dr. Ulrich
Janzen
(SPD) | Trifft es zu, daß die Prioritätenreihung der Schienenprojekte „Deutsche Einheit“ nunmehr durch die Deutsche Bahn AG erfolgt, die Bundesregierung also keinen direkten Einfluß mehr auf die Prioritätenreihung dieser Objekte hat, und deshalb die Frage 49 der Drucksache 12/6892 nach einem Realisierungszeitraum und Fertigstellungstermin für die Strecke Lübeck – Stralsund nicht beantwortet werden konnte? |
|---|--|

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordneter
Dr. Ulrich Janzen
(SPD) | Welche Glaubwürdigkeit ist der Anzeige des Bundesministeriums für Verkehr in der Ostseezeitung vom 11. Februar 1994 beizumessen, wenn mit einer Überschrift „Der Baubeginn bei Wismar (für die A 20) schon im Frühjahr geplant“ geworben wird, obwohl die Grundsteinlegung dazu bereits im Dezember 1992 stattfand, und Ministerpräsident Dr. Berndt Seite in einer Rede vor dem Landtag in Schwerin am 2. März 1994 „Zur Lage des Landes“ erklärt: „Im zweiten Halbjahr 1994 wird mit dem Bau begonnen.“? |
| 15. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD) | Welche Kosten durch den Bau und den Unterhalt von Kreis- und Gemeindestraßenbrücken entstehen für die Kommunen, da diese Kosten nach der Privatisierung der Deutschen Bundesbahn nicht mehr von der Deutschen Bahn AG übernommen werden, und beabsichtigt die Bundesregierung, angesichts der angespannten Finanzlage der Kommunen, sich für eine Änderung dieser Regelung einzusetzen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Wie ist der Stand der Privatisierung des Verkaufs der regionalen Busgesellschaft „Busverkehr Rhein-Neckar GmbH“? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Welche Betriebsergebnisse und Anlagewerte wies die Busverkehr Rhein-Neckar GmbH (BRN) in den Jahren 1992 und 1993 aus? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

- | | |
|--|---|
| 18. Abgeordneter
Detlef Parr
(F.D.P.) | Welche Notwendigkeit hat für die bundesweite sehr kostenträchtige Image-Aktion der Telekom bestanden, bei der Zug um Zug alle „alten“ Telefonzellen durch neue Telefonhäuschen ersetzt werden, um sich nun auch farblich von der gelben Briefpost abzuheben (Investitionskosten pro Häuschen 10 000 bis 15 000 DM)? |
|--|---|

19. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die im Jahre 1992 bei der DBP POSTDIENST eingestellten 1421 Postassistentenanwärterinnen und Postassistentenanwärter für den mittleren nichttechnischen Dienst im August 1994 nicht als Beamtinnen und Beamte auf Probe ihren Dienst weiterführen können, obwohl diese Nachwuchskräfte vor zwei Jahren als Realschulabgänger nach dem Grundsatz der Bestenauslese für die Laufbahn des mittleren Dienstes geworben und ihnen schriftlich mitgeteilt wurde, daß sie nach dem Vorbereitungsdienst in der Laufbahn des mittleren Postdienstes bedarfsgerecht eingestellt würden?
20. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Welche Rolle hat die Bundesregierung für das Bundesamt für Post und Telekommunikation nach dem jetzigen Stand der Postreform II vorgesehen, und wie sieht die im Zusammenhang mit der Postreform II geplante neue Regulierungsbehörde aus?
21. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Vorgehensweise der Direktionen Postdienst Postassistentenanwärter/Postassistentenanwärterinnen dazu zu drängen, ihr Widerrufsbeamtenverhältnis selbst zu kündigen, damit ihnen nach bestandener Laufbahnprüfung überhaupt ein Arbeitsplatz angeboten wird, und wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch dieser Praxis zu den Bestimmungen der geplanten Neuordnung des Postwesens gemäß Drucksache 12/6718 S. 92 Absatz 5 Satz 2 und 3?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

22. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Warum enthalten die Gesetzentwürfe der Bundesregierung zu den Europa-Abkommen vom 4. Oktober 1993 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften, ihren Mitgliedstaaten und der Tschechischen Republik sowie der Slowakischen Republik keine Hinweise auf die Regelungsbedürftigkeit des Eigentums der völkerrechtswidrig vertriebenen Deutschen?

23. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Treffen Pressemitteilungen zu, nach denen der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, der Organisation „Renamo“ in Mozambik eine Zusage von 1 Mio. DM gemacht hat, damit sie einen Radiosender einrichten kann?
24. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- In welchem Umfang haben die Türkei und Griechenland seit dem 3. Oktober 1990 militärisches Material (Typen und Anzahl) aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten?
25. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Welche Bestimmungen über Endverbleib und Einsatz der Waffen sind dabei vereinbart worden, und wie wird die Einhaltung solcher Vereinbarungen gewährleistet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

26. Abgeordneter
Johannes Singer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Hamburger Generalstaatsanwaltes Dr. Arno Weinert, wonach die Hamburger Staatsanwaltschaft 53 Verfahren nach Bankmeldungen über auffällige Geldgeschäfte eingeleitet und trotz zahlreicher Hinweise auf illegal erwirtschaftete Gewinne kein Geld habe beschlagnahmen und keine Anklage habe erheben können, so daß sich das im letzten Jahr verabschiedete Geldwäschegesetz „als völlig falsches und ungeeignetes Instrument“ erwiesen habe, mit dem nichts habe verhindert werden können, und welche Konsequenzen erwägt die Bundesregierung, aus dieser massiven Kritik in der Praxis zu ziehen?
27. Abgeordneter
Johannes Singer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es nach der jetzigen Gesetzeslage nicht möglich ist, den Großverdienern der organisierten Kriminalität den Geldhahn abzdrehen und daß Deutschland als Anlageland für illegale Gewinne immer interessanter wird, weil in anderen Ländern die Gesetze gegen Geldwäsche viel schärfer sind, und wann gedenkt die Bundesregierung die daraus folgenden notwendigen gesetzlichen Änderungen vorzuschlagen?

28. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Wann wird die Bundesregierung den Verfassungsschutzbericht für 1993 veröffentlichen, nachdem in den vergangenen Jahren die relativ späte Vorlage zu Erörterungen geführt hatte?
29. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Wann wird die Bundesregierung den Kriminalitätsbericht für 1993 veröffentlichen, nachdem die Innenminister einer Reihe von Bundesländern jeweils für ihr Bundesland den Bericht bereits veröffentlicht haben?
30. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Welche sicherheitsrelevanten Informationen liegen der Bundesregierung – aus ihrem Zuständigkeitsbereich – über die diesjährigen Ostermärsche bzw. deren Organisatoren vor, und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die PDS?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

31. Abgeordneter
Klaus Riegert
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die ihr bisher entstandenen Kosten (z. B. Material-, Personalkosten u. a.) für die begleitende Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ beziffern und angeben, wie viele Kilogramm und/oder Seiten Akten und Arbeitsunterlagen bis heute für die Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses bereitgestellt wurden?
32. Abgeordneter
Carl-Ludwig Thiele
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Forderung von Herrn Zwick an Herrn Tandler in Höhe von 200 000 DM zuzüglich zwischenzeitlich aufgelaufener Zinsen von den Finanzbehörden gepfändet wurde?
33. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wie viele der seit dem 9. November 1989 festgesetzten Genehmigungsgebühren in Höhe von rund 80 Mio. DM für die Einfuhr von Kraftfahrzeugen und sonstigen Gegenständen in die ehemalige DDR sind vor dem 3. Oktober 1990 noch von der ehemaligen DDR vereinnahmt worden, und wie viele danach von der Bundesrepublik Deutschland?

**34. Abgeordneter
Manfred
Kolbe
(CDU/CSU)**

Wie viele Bescheide sind in diesem Zusammenhang durch die Bundesrepublik Deutschland seit dem 3. Oktober 1990 vollstreckt worden?

**35. Abgeordneter
Heinz
Schemken
(CDU/CSU)**

Gibt es verlässliche Daten über den Bundes-Länder-Finanzausgleich für das Jahr 1995?

**36. Abgeordneter
Heinz
Schemken
(CDU/CSU)**

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in der mittelfristigen Finanzplanung keine wesentlichen Reduzierungen zu Lasten der Länder erfolgen werden?

Bonn, den 8. April 1994

